

DIE ENTWICKLUNG DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN THAILAND

Michael Baumann

1. Ein Überblick

Regional und zeitlich begrenzte Arbeitnehmerzusammenschlüsse, um die Arbeits- und Einkommensverhältnisse zu verbessern, hat es in Thailand schon um die Jahrhundertwende gegeben - bis hin zu Arbeitskämpfen z.B. beim Straßenbahnpersonal.

Aber erst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg

- vor dem wirtschaftlichen Hintergrund einer erst dann entstehenden Industrie
- außenpolitisch auch als Element der demokratischen Legitimation gegenüber Thailands alliierten Kriegsgegner

ließ die Regierung erstmals formal Gewerkschaften zu. Sie konnten sich bis zum Beginn des Kalten Krieges 1949 frei und dann bis 1958 mit vermehrter Regierungskontrolle weiter entwickeln.

1958 gab es über 150 Betriebsgewerkschaften mit 80.000 Mitgliedern, die auch mit internationalen Verbänden zusammenarbeiteten. Ihre Existenz wurde 1957 erstmals auch arbeitsrechtlich abgesichert.

Mit einem Militärputsch wurde aber 1958 die Verfassung außer Kraft gesetzt - mit ihr Wahlen und Parlament, Gewerkschaften wurden verboten. Unter mehreren diktatorischen Regimen erfolgte für 15 Jahre ein gezieltes wirtschaftliches Wachstum besonders im industriellen Bereich, ohne daß Gewerkschaften erneut erlaubt wurden.

Die gesellschaftlichen Institutionen, Partizipationsmöglichkeiten und Konfliktlösungsmechanismen paßten sich dieser Entwicklung aber so unzureichend an, daß sie nach einem Volksaufstand 1973 weitreichend liberalisiert werden mußten. Im Zuge dieser Bewegung wurden (1972) auch wieder Gewerkschaften mit dem Recht zu Tarifverhandlungen und weitergehender Interessenvertretung der Arbeitnehmer zugelassen.

Es folgten drei Jahre recht freier Entwicklung unter erneuter gesetzlicher Absicherung von gewerkschaftlichen Organisationen und dem Erlaß von Arbeitsschutzbestimmungen,

die im Oktober 1976 mit einem Putsch erneut zurückgedrängt wurden und seitdem vorsichtigen Schritten unter staatlicher Kontrolle und Beobachtung Raum lassen.

Anfang 1981 ist vom damals zuständigen Innenminister der Social Action Party das - auch in den 60er Jahren - nie völlig durchgesetzte Streikverbot von 1976 formal wieder aufgehoben worden.

Die Gewerkschaften haben z.Z. über 200.000 Mitglieder, etwa so viele wie vor dem 76er Militärputsch. Etwa drei Viertel von ihnen sind im LCT, den zentralen thailändischen Gewerkschaftsbund, organisiert, der seit 1980 Mitglied im IBFG ist.

Eine Verbindung zu den Erfahrungen vor 1958 fehlt bei den in der Mehrzahl kaum 40jährigen Gewerkschaftsführern und -mitgliedern fast völlig, so daß die heutige Gewerkschaftsbewegung in Thailand gerade elf Jahre alt wird.

2. Rahmenbedingungen der Gewerkschaftsentwicklung

a) Größenordnungen

Bei einem Blick auf statistische Größenordnungen (Mitgliederzahl, Organisationsgrad und rein rechnerische Potentiale) zeichnet sich etwa folgendes Bild ab:

Thailand zählt bei seinen etwa 48 Millionen Einwohnern fast 25 Millionen zu den beschäftigten Arbeitskräften. Davon sind aber nach Angabe der Planungsbehörde nur etwa 10% (gut 2 Millionen) in gewerblichen Vollzeitlohnarbeitsverhältnissen beschäftigt. Nach amtlichen Zahlen arbeiten weitere 4 Millionen in gewerblichen Arbeitsverhältnissen "weniger als 35 Stunden und/oder zu Löhnen unter dem gesetzlichen Minimum".

Gut 70% oder 17 Millionen arbeiten noch immer in der Landwirtschaft - überwiegend für die eigene Familie und auf eigenen Feldern. Aber, je nach Ausmaß der alljährlichen Trockenperiode, kommen 3-4 Millionen davon zusätzlich auf der Suche nach Arbeit in städtische Gebiete.

In den Gewerkschaften sind bis heute fast ausschließlich Beschäftigte der größeren, besser bezahlenden Betriebe organisiert - auch davon statistisch allenfalls 10%, wenn man die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf die gut 2 Millionen zuerst genannten Lohnabhängigen bezieht.

Diesen gut 2 Millionen - ja meist höchstens angelernten Industriearbeitern - steht also eine 3-4mal so große Reserve-

armee potentieller Industriearbeiter zur Seite. Dieses rechnerische Überangebot an Arbeitskräften vor allem begrenzt schon, ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse im einzelnen, deutlich den Spielraum der heutigen Gewerkschaften, durch kollektive Bemühungen die Arbeitsbedingungen abzusichern, womöglich zu verbessern und darüber hinaus gesellschaftliche Veränderungen anzustreben.

b) Staatliche Entwicklungspolitik und die Rolle der Gewerkschaften

In den sechziger und siebziger Jahren verfolgte Thailand eine Entwicklungspolitik, die mittels:

- staatlicher Infrastrukturmaßnahmen und
 - finanzieller Anreize für Unternehmer
- schwerpunktmäßig auf das Wachstum einer eigenen Industrie ausgerichtet wurde.

Durchschnittliche Wachstumsraten von über 8% in den sechziger und knapp 7% in den siebziger Jahren, die mit zu den höchsten in der Welt gehören, aber für die Region nicht ungewöhnlich waren, zeigen das.

Entsprechend vervierfachte sich die Zahl der Industriearbeiter in diesem Zeitraum.

Das hohe Investitionstempo wurde mit einem administrativ niedrig gehaltenen Reallohn erkaufte.

Süd-Korea und Taiwan gelten als Paradebeispiele aus jüngster Zeit, die auf diesem Weg (aber zusätzlich mit einer Agrarreform und exportorientierter Industrialisierung von Anfang an) die Schwelle zum Industriestaat überschritten. In Thailand trägt die Industrieproduktion heute gut 20% zum Sozialprodukt bei.

Thailand sah sich, wie weitere Entwicklungsländer, auf der Schwelle zur Industrialisierung ab 1973 und verstärkt noch nach 1979 in der Logik seines Entwicklungspfades gezwungen, wichtige Entwicklungsvorhaben zur Finanzierung von Öleinfuhren zurückzustellen und seine weitere Industrialisierung stärker auf die zunehmend unzuverlässige Nachfrage auf westlichen Exportmärkten abzustellen.

Versuche in der demokratischen Periode (73-76), auch die Industrieentwicklung stärker auf nationale Bedürfnisse umzustellen, scheiterten an der Kürze der verfügbaren Zeit ebenso wie an sofort spürbaren Reaktionen ausländischer Investoren. Vor allem auf Grund seiner relativen Vorteile

beim Anbau von Nahrungsmitteln (Thailand ist einer der wichtigsten Reisexporteure der Welt und nimmt damit auch heute noch mehr Devisen als mit dem Export von Industriewaren ein) ist es aber bislang noch in einer relativ guten Lage.

Wegen der zunehmenden Konkurrenz der Entwicklungsländer, nicht nur um westliche Exportmärkte, sondern auch als Standorte für multinationale Unternehmungen, muß die staatliche Entwicklungspolitik aus ihrer Logik noch stärker nicht nur an niedrigen Lohnkosten, sondern umfassender an einer die Investoren überzeugenden Lösung von Arbeitskonflikten interessiert bleiben.

c) Beteiligung der Bevölkerung

Als weitere Rahmenkomponente für eine Gewerkschaftsentwicklung möchte ich auf weitergreifende gesellschaftspolitische Elemente hinweisen. Die thailändische Gesellschaft ist als einzige in Asien nicht vom Westen kolonialisiert worden. Sie hat daher seit gut 100 Jahren moderne Kommunikationsformen, Verwaltungs- und Rechtsbeziehungen, zwar unter äußerem Druck, aber doch weitgehend entsprechend den Vorstellungen des bis 1932 absolut herrschenden Königshauses über den erforderlichen gesellschaftlichen Wandel übernehmen können.

Bezeichnenderweise war es 1932 gerade die im Zuge dieser Reform im westlichen Ausland ausgebildete Militär- und Verwaltungsspitze, die durch Umformung der Herrschaftsform in eine konstitutionelle Monarchie ihre Partizipation an der Macht erzwang. Sie kontrolliert diese Macht in Kooperation mit einigen einflußreichen Geschäftsfamilien mit nur kurzen Unterbrechungen seit jetzt 50 Jahren.

Eine stärkere Beteiligung des Mittelstandes, auch der seit den 60er Jahren stark wachsenden Arbeiterschaft, war ein vorübergehendes Ergebnis des Volksaufstandes von 1973. Aber dieser Ansatz einer bürgerlichen Revolution wurde nach ihrem ersten Anlauf 1976 nochmals weit zurückgeschlagen.

Hier liegen die tieferen Beweggründe der Machthaber in Thailand, einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung skeptisch bis feindlich gegenüberzustehen, da sie als Massenorganisation - noch dazu als einzige tatsächlich durch Mehrheitsentscheidungen demokratisch strukturierte soziale Gruppierung - den Anspruch auf Partizipation der Arbeitnehmer an der gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder anmeldet.

In dem von herrschenden Kreisen propagierten antikommunistischen Klima Thailands tritt daher bei dieser Diskussion meistens die mit einer Gewerkschaftsentwicklung angeblich wachsende interne "kommunistische" Bedrohung in den Vordergrund. Dazu kommt das Argument, daß solche Arbeitskämpfe einbeziehende Organisationen den harmonischen Formen traditioneller thailändischer Konfliktlösungsmuster widersprechen.

Noch bedrohlicher - das am Rande, um das Bild über potentiell emanzipatorische gesellschaftliche Gruppen abzurunden - für die Machthaber war im Grunde die unerwartet schnelle und breite Organisation der Landbevölkerung, nachdem 1973 die staatlich sanktionierte Unterdrückung auf dem Lande eingeschränkt worden war.

Zu Millionen organisierten sich die Bauern mit sehr konkreten Forderungen nach Absicherung ihrer Eigentumsrechte und erträglichen Einkommen für ihre Arbeit.

Hier war die Reaktion schon vor dem Militärputsch 1976 noch härter. 21 regionale Bauernführer wurden ermordet, seitdem herrscht dort wieder Furcht. Ansätze nicht staatlich kontrollierter Organisationen der Bauern werden bis heute brutal unterdrückt.

Als Gegengewicht gegen diese selbstentstandenen Basisorganisationen haben Gruppierungen der traditionellen Machthaber seitdem von oben gesteuerte Massenorganisationen und paramilitärische Verbände auf dem Land und in den Städten gefördert, die unter antikommunistischer Ausrichtung auf "traditionelle" Thaiwerte (Buddhismus, Nation und König) verpflichtet werden und von den Machhabern massiv bei dem Militärputsch von 1976 gegen Studenten und Arbeiter und seitdem immer wieder zur Einschüchterung von sozialen Bewegungen eingesetzt werden.

3. Die Entwicklung der Gewerkschaften seit Anfang der 70iger Jahre

a) Entfaltung in Abhängigkeit von der politischen Entwicklung

Infolge des Aufstandes von 1973 und der damals vorübergehend durchgesetzten Beteiligung weiter Bevölkerungskreise an politischen Entscheidungen, hat die vornehmlich Investoreninteressen begünstigende und soziale Aspekte vernachlässigende Entwicklungspolitik sich seither allerdings nicht mehr so einseitig durchsetzen lassen.

Dies schließt eine erneute radikale Unterdrückung solcher Interessen für die Zukunft nicht aus. Deren gesellschaftliche Kosten werden allerdings beständig höher.

Ergebnis des Volksaufstandes war eine dreijährige freiheitliche Entwicklung in sämtlichen Gesellschaftsbereichen, in der während des rapiden Wachstums hemmend gewordene Institutionen den neuen Bedürfnissen angepaßt wurden.

Im Feld der Arbeitsbeziehungen kam es alsbald zu einer Vielzahl von erfolgreichen Arbeitskämpfen

- um die in den 60iger Jahren den Arbeitnehmern vorenthaltenen Zuwächse an nationalem Reichtum gerechter zu verteilen
- um lange aufgeschobene Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen
- um den bei steigenden Ölpreisen sinkenden Reallohn zu halten.

Es erfolgte eine weitreichende - wenn auch an niedrigen Standards orientierte - Schutzgesetzgebung für Industriearbeit und eine gesetzliche Regelung der Arbeitsbeziehungen generell und der Gewerkschaftsrechte speziell.

Erstmals wurden Minimallöhne gesetzlich festgelegt, sie stiegen in diesen Jahren stärker als die Inflationsrate.

Die unzureichende Durchsetzung dieser Standards - so erhielten im Sommer 1982 nach amtlichen Angaben allenfalls 50% der Berechtigten den gesetzlichen Minimallohn - reduziert allerdings ihre Bedeutung.

Die einflußreichsten der heute noch bestehenden Gewerkschaften, insbesondere im staatlichen Dienstleistungsbereich, sammelten in dieser Zeit ihre ersten Erfahrungen:

- In der Aushandlung und Durchsetzung immer weitere Bereiche umfassende Tarifverträge.
- In der Entwicklung von Mechanismen zur Regelung innerbetrieblicher Konflikte.
- In der Schulung ihrer Mitglieder.
- In der Werbung neuer Mitglieder und der Organisierung weiterer Betriebe.
- In der Präsentierung weitergreifender Forderungen an Parlament und Regierung wie z.B. zur Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung.
- In der Mitwirkung an tripartiten Gremien, wie zur Festlegung des Minimallohns, zur Regelung der staatlichen Betriebsunfallversicherung, zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und Tarifkonflikten.

Mit dem Militärputsch von 1976, der innenpolitisch auf die erneute Konsolidierung der traditionell herrschenden Cliquen und zunehmende ideologische Auseinandersetzung der demokratisch legitimierten Machthaber, sowie außenpolitisch auf die Furcht vor einem Übergreifen der Entwicklung in Indochina zurückgeführt werden kann, wurden alle in der Zeit entstandenen auf eine emanzipatorische Beteiligung der Bevölkerungsmassen zielenden politischen Bewegungen unterdrückt.

Dies umfaßte das Verbot entsprechender Parteien und Massenmedien, die vollständige Zerschlagung der Bauernbewegung und auch die Schwächung der Arbeiterbewegung durch Verbot ihres Dachverbandes und Einschränkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten, ebenso wie die Zerstörung der in der demokratischen Zeit einflußreichen Studentenbewegung.

Einige Hundert fielen dem Putsch zum Opfer. Tausende, darunter viele Gewerkschafter, wurden verhaftet oder flohen für kürzere oder längere Zeit in den Untergrund. Viele kehrten erst in letzter Zeit zurück.

Angesichts dieses für Thailand ungewohnten Widerstands gegen die Machtübernahme von Militärs, verzichteten die neuen Machthaber wohl auf eine Eskalation des Konfliktes, der mit einem noch stärkeren Unterdrückungsniveau, wie z.B. einer harten Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, verbunden gewesen wäre.

Die gewerkschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten wurden dann seit 1978 wieder allmählich ausgeweitet und sind heute in einer gewissen Weise die von staatlichem Einfluß freiesten in Südostasien - was aber eher auf den niedrigen Stand sozialer Grundrechte in der Region zurückzuführen ist. Ihre Bedeutung von vor dem Oktober 1976 konnten die Gewerkschaften für den einzelnen Arbeitnehmer ebenso wie für die gesellschaftliche Entwicklung Thailands noch nicht wieder erlangen.

b) Heutige Strukturen

In den über 350 registrierten Betriebsgewerkschaften sind über 200.000 Mitglieder organisiert. Amtliche Mitgliederzahlen wurden zuletzt im Oktober 1981 veröffentlicht. Danach hatten 221 der damals registrierten 335 Gewerkschaften etwa 152.000 Mitglieder.

Gut die Hälfte der Gewerkschafter arbeitet in öffentlichen Versorgungs- und Produktionsbetrieben (mit einem Organisationsgrad von über 40% in organisierten Betrieben). Für

die thailändischen Verhältnisse sichere Arbeitsplätze und vergleichbar gute Einkommen sowie eine breite Palette sozialer Leistungen geben den hier beschäftigten Arbeitnehmern eine deutliche Sonderstellung.

Hier entstanden die ersten starken Gewerkschaften, hier werden Instrumente wie Kollektivverhandlungen und Tarifverhandlungen auf die thailändische Wirklichkeit angewendet und weiterentwickelt.

Zu dieser Sonderstellung trägt aber auch der von den Einstellungs Voraussetzungen höhere Bildungsabschluß der Beschäftigten gegenüber den Beschäftigten privater Produktionsbetriebe bei. Eine relativ große Zahl von Mittelschul- bis Hochschulabsolventen arbeitet hier mit Hauptschulabgängern zusammen, während in der Privatindustrie Abgänger der vierten Klasse überwiegen. Diese Gewerkschafter bilden auch die unbestrittene Führungsspitze der Gewerkschaftsbewegung - gerade weil sie die (auch für ihre eigene Weiterentwicklung wichtige) Entwicklung der Gewerkschaften im privaten Sektor unterstützen.

Das Thai-Arbeitsrecht mit seiner Regelung, daß alle Arbeitnehmer eines Betriebes (unabhängig von ihrer Ausbildung und Tätigkeit) derselben Gewerkschaft angehören können, hat hier einen positiven Einfluß.

Die von der westeuropäischen Geschichte erste Basis der Gewerkschaftsentwicklung, die Industriearbeiter, sind dagegen noch weit schwächer organisiert. Zwar gibt es in allen Industrie- und auch Dienstleistungsbereichen Gewerkschaften. Von besonderer Bedeutung sind:

Textil- und Bekleidung, Metallverarbeitung, Automobilbau, Bergbau, Elektroindustrie, Chemie, Holzindustrie, Hotels und Banken,

Bereiche, in denen in den vergangenen zwei Jahren auch überall Branchengewerkschaften - als Zusammenschluß der Betriebsgewerkschaften - gegründet worden sind.

Von den 300.000 Textilarbeitern beispielsweise sind heute allenfalls 30.000 vorwiegend aus Großbetrieben in einer Industriegewerkschaft organisiert. Zieht man den Organisationsgrad in länger organisierten Betrieben und die Zahl noch gar nicht organisierter Betriebe dieser Größenordnung in Betracht, kann man vermuten, daß sich bei gleichbleibenden politischen und besseren ökonomischen Bedingungen, die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in diesem Bereich, in etwa 2-3 Jahren verdoppeln kann.

Im Organisationsbereich beschränken sich die Industrieergewerkschaften noch überwiegend auf staatliche oder mit Industrieländerkapital arbeitende Großbetriebe mit Einkommens- und Arbeitsbedingungen, die dem öffentlichen Bereich (das liegt auch an der bildungsmäßig anderen Zusammensetzung der Arbeiterschaft) aber allenfalls in den Spitzengruppen gleichkommen. Im Hotel- und Bankenbereich dagegen (auch wieder mit durchschnittlich höher qualifizierten Beschäftigten) sind die Einkommen häufig höher, die sonstigen Arbeitsbedingungen selten schlechter als im öffentlichen Bereich. Organisiert sind hier in erster Linie 12 der internationalen Erstklasse-Hotels in Bangkok und einige Großbanken.

Obwohl es in einigen Betrieben mehrere Gewerkschaften und auch konkurrierende Dachverbände gibt, sind die stärksten der Gewerkschafter der Privatindustrie im zentralen thailändischen Gewerkschaftsbund (Labour Council of Thailand mit etwa 150 Mitgliedsgewerkschaften im August 1982) organisiert.

Einflußreiche Kräfte lassen daher auch nicht von Versuchen ab, wie schon in den anderen ASEAN-Ländern, die Gewerkschaftsbewegung an dieser Nahtstelle zu spalten.

Ende 1982 sah es so aus, als ob unter dem ständigen äußeren Druck eine solche Spaltung erfolgen könnte.

c) Entwicklungsprobleme

Organisierte Arbeitnehmer haben bislang den massiven Widerstand gegen Gewerkschaftsgründungen außerhalb dieser Großbetriebe (es kommt immer wieder zu Bedrohungen und auch Morden an Gewerkschaftern) nur selten überwinden können. Traditionelle patriarchalische Führungsmethoden in Mittel- und Familienbetrieben, die zudem auf das Riesenangebot an Arbeitssuchenden zurückgreifen können, dazu eine gewerkschaftsfeindliche Administration und Polizei, stellen hier heute noch eine deutliche Grenze des Organisationsbereiches der Gewerkschaften dar.

Das Durchbrechen dieser Grenze und gleichzeitig die Fortführung der bisherigen Kooperation zwischen Gewerkschaften öffentlicher Versorgungs- und privater Produktionsbetriebe, stellen eine schwierige Aufgabe für die Gewerkschaftsbewegung dar, deren Bewältigung aber darüber mitentscheiden dürfte, ob die Gewerkschaften sich zu Organisationen privilegierter Arbeitnehmer entwickeln oder ihre Legitimation als soziale Basisorganisation städtischer Arbeitnehmer vertiefen.

Mit dem insgesamt noch niedrigen Organisationsgrad hängt eine zentrale Schwäche der Gewerkschaften zusammen: Ihre Beiträge und damit ihre Einnahmen sind extrem niedrig - nur ganz wenige Gewerkschaften erreichen ein halbes Prozent der Monatseinkommen als Beitragssatz, viele eher nur ein Zehntel Prozent. Dazu werden angesichts des Fehlens einer staatlichen sozialen Absicherung (verständlicherweise) erhebliche Beitragsmittel für Unterstützung in Not geratener Mitglieder bzw. deren Familien verwendet. Nur wenig Geld bleibt für die notwendigen administrativen Aufgaben und Bildungsarbeit, noch weniger für die Unterstützung bei Arbeitskämpfen. Geldsammlungen unter solidarischen Arbeitnehmern erbringen heute noch in solchen Situationen meist höhere Mittel als regulär vorhandene Fonds.

Diese Schwäche bedeutet z.B., daß es auch auf der Ebene des Dachverbandes fast keine hauptberuflichen Gewerkschaftsfunktionäre gibt - außer wenigen auf tarifvertraglicher Grundlage von ihren Firmen freigestellte Gewerkschaftsvorsitzende - und auch die sonstige Infrastruktur nur die nötigen Tagesarbeiten zuläßt, d.h. die Beratung von Kollegen organisierter oder noch nicht organisierter Betriebe in alltäglichen Auseinandersetzungen.

Die Vorbereitung von Tarifverträgen, die Aneignung der nötigen betriebswirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen, volkswirtschaftlichen Kenntnisse usw., kommt dabei noch viel zu kurz und bringt die Arbeitnehmer gegenüber dem reichlich mit Experten ausgerüsteten Management und der Staatsverwaltung immer wieder ins Hintertreffen - genau dies ist übrigens der Bereich, wo die u.a. aus Mitteln der deutschen Entwicklungshilfe gegebene ausländische Unterstützung an thailändische Gewerkschaften ansetzt. -

Eine bemerkenswerte Rolle bei der Weiterbildung der thailändischen Gewerkschafter auf diesen Gebieten spielen neben den Erfahrungen in den tagtäglichen Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz die zahlreichen tripartiten Gremien, die von der Staatsverwaltung im Gebiet der Arbeitsbeziehungen eingesetzt wurden. Weit über 100 Gewerkschaftsführer sind hier gelegentlich mehrere Tage in der Woche engagiert.

Ein interessantes Beispiel in dieser Hinsicht ist das erst vor zwei Jahren gegründete thailändische Arbeitsgericht. Neben 30 Berufsrichtern gibt es hier je zwei gleichberechtigte Beisitzer, die von Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberorganisationen gewählt werden. Etwa 50 thailändische Gewerkschafter machen hier allwöchentlich konkrete Erfahrungen bei der

Anwendung thailändischen Arbeitsrechtes. 1981 wurden über 4000 Fälle abgeschlossen. Diese Erfahrungen geben sie schon jetzt in Broschüren und Seminaren an interessierte Arbeitnehmer weiter. Sie finanzieren diese Arbeit aus ihrer eigenen Aufwandsentschädigung.

d) Gesellschaftspolitische Ausrichtungen

Wenn man die politische Ausrichtung thailändischer Gewerkschaften analysiert, stellt man das Fehlen relativ stabiler ideologischer Ausrichtungen im westlichen Sinne fest.

Das gilt allerdings noch mehr für die politischen Parteien, deren Mitgliedschaft sich bis heute weitgehend auf die Parlamentsfraktionen und deren Ausrichtung sich auf die persönlichen Interessen einiger weniger Gönner im Hintergrund beschränkt, so daß man hierin vielleicht ein Element der politischen Kultur Thailands generell, gleichzeitig sicherlich auch eine Einschätzung des politischen Spielraums der Gewerkschaften, durch ihre Führer speziell, sehen muß.

Unterschiede zwischen den Gewerkschaften - die sich einem westlichen Beobachter bieten, aber ähnlich auch von den Gewerkschaftsführern artikuliert werden - bestehen vor allem in der Bedeutung, die von Gewerkschaftsführern über unmittelbare "Brot- und Butterfragen" hinausgehenden Fragestellungen beigemessen wird. Eine Reihe der Gewerkschaften beschränken sich - ähnlich vielen US-Gewerkschaften - auf Fragen der Einkommens- und Arbeitsplatzbedingungen ihrer Mitglieder. Sie schließen sich dann auch selten dem zentralen Gewerkschaftsbund an und tendieren gelegentlich zu einer engen Kooperation mit ihrem Arbeitgeber.

Die Mehrzahl der Gewerkschaften erkennt jedoch mit ihrer Mitarbeit in Dachverbänden über den eigenen Betrieb hinausgehende Fragestellungen als Aufgabe der Gewerkschaften an. Schwerpunkte der täglichen Arbeit auch dieser Gewerkschaften aber bleiben Beratung von Arbeitnehmern in Arbeitskonflikten und bei der Gründung von neuen Gewerkschaften.

Zwei Hauptrichtungen finden sich im LCT - bisher dem zentralen Gewerkschaftsbund:

Die eine versucht durch immer neue Kompromisse und zunehmende Einbindung in das politische System, in kleinen Schritten ihre zunehmende Respektierung durch die Machthaber zu erreichen und damit gleichzeitig das System zu reformieren. Zusammen mit einigen Militärgruppen haben einflußreiche ihrer Mitglieder im Sommer 1982 eine "Demo-

kratische Arbeiterpartei" gegründet. Die andere Gruppierung strebt vor einem Engagement in nicht primär gewerkschaftlichen Fragen eine Aufklärung thailändischer Arbeitnehmer über deren Stellung und Funktion im gesellschaftlichen Wandel an.

Aufgrund der thailändischen Parteiengesetzgebung (Kosten an der Wahlbeteiligung sind außerordentlich hoch und ihre Aufbringung z.B. aus Gewerkschaftsfonds ist völlig unrealistisch) ebenso wie aufgrund der geringen Bedeutung des Parlaments im politischen Prozeß halten sie parteipolitische Arbeit noch für unzeitgemäß.

Diese und ähnliche grundsätzliche Kritik an den strukturellen Defiziten thailändischer Entwicklung setzt diese Gruppierung einer besonders mißtrauischen Beobachtung von Regierungsseite aus.

Eine knappe Mehrheit der Industriegewerkschaften und eine Mehrheit der Gewerkschaften öffentlicher Versorgungsbetriebe außerhalb des Transportbereichs sind dieser letzten Gruppe zuzurechnen. Die Mehrheit hat in den letzten Jahren aufgrund der Mitgliederstärke des Transportbereichs die erstere Fraktion.

An den zweijährigen LCT-Vorstandswahlen im August 1982 beteiligte sich die bisherige Minderheitsgruppe aufgrund von angeblichen Stimmrechtsmanipulationen der Mehrheitsgruppe nicht, so daß eine Spaltung des LCT derzeit kaum abwendbar scheint.

Beide Gruppen arbeiten in zahlreichen tripartiten Gremien mit, deren Mitglieder teils vom Staat ernannt, teils auch von den Gewerkschaften gewählt werden. Von Staatsseite werden verständlicherweise weit häufiger der Kompromißfraktion zugerechnete Gewerkschafter in solche (auch wegen der Aufwandsentschädigungen häufig recht attraktive) Gremien berufen.

Die andere Fraktion arbeitet ebenfalls in diesen Gremien mit, artikuliert aber z.B. die Gefahr des Alibicharakters solcher Gremien, die meist nur unverbindliche Beratungsfunktionen haben, und stellt daher solchen Beratungsergebnissen ihre eigenen Forderungen gegenüber.

Ein weiterer Unterschied ist das sehr feine Gespür dieser Gruppe für die sehr vielschichtige Problematik ausländischer Hilfe im gewerkschaftlichen Bereich.

e) Gesellschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften in Thailand

Alleine von ihrer Mitgliederzahl gesehen - sie umfassen allenfalls 3-4% der Industrie- und Versorgungsarbeiter - würde man die Bedeutung der Gewerkschaften als recht niedrig einschätzen.

Der hohe Organisationsgrad (durchschnittlich um 40% in den organisierten Betrieben) und die Konzentration auf öffentliche und private Großbetriebe in der Region Bangkok, geben den Gewerkschaften aber schon heute wieder einen spürbaren und wachsenden Einfluß auch über die Betriebe hinaus, in denen sie schon eine Basis haben.

Zu bemerken ist das z.B. auch an der Breite, die Gewerkschaftsthemen in der öffentlichen Diskussion der Medien eingeräumt wird.

In letzter Zeit für viele Thais am spektakulärsten war wohl die mehrstündige und Live im Fernsehen ausgetragene Diskussion zwischen Gewerkschaftsführern und den Generälen, die im April 1981 für einige Tage die Macht in Bangkok hatten. Diese Generäle (mit einem vordergründig fortschrittliche Elemente enthaltenden Entwicklungskonzept) hatten Arbeiter- und Studentenführer in ihr Hauptquartier befohlen, um die Wünsche der auf sozialen Wandel drängenden Gruppen für den Fall ihrer endgültigen Machtübernahme kennenzulernen.

Zur gleichen Zeit versammelte die mit dem König geflüchtete Regierung die Führer ihrer von den bisherigen Machthabern gelenkten ländlichen und städtischen Massenorganisationen (Village scouts, Defence volunteers etc.).

Es gibt aus letzter Zeit gewerkschaftliche Stellungnahmen und Forderungen, die meist auf einer Diskussion unter den Mitgliedern - gewöhnlich nach Beratung mit speziellen Expertengruppen in der Gesellschaft - und immer auf einem Beschluß der Führungsgremien beruhen. Z.B.

- zu Fragen einer Reform des thailändischen Arbeitsrechts mit konkreten Vorschlägen, Unzulänglichkeiten beim Kündigungsrecht und Entschädigungszahlungen zu beheben
- zur geplanten Einführung einer Sozialversicherung in Thailand
- zur Erhöhung der Mindestlöhne.

Aber zu kurze bisherige Erfahrungen und zu vielfältige Tagesprobleme - vor allem natürlich der kleine tatsächliche Einfluß der Gewerkschaften auf nationaler Ebene - reichen

noch selten aus, um die Durchsetzung solcher Forderungen auch auf ihren Weg durch Administration, Kabinett und parlamentarische Gremien zu verfolgen.

4. Europäische und Thailändische Erfahrungen

Mir sind in Thailand zwei Hauptunterschiede zur europäischen Gewerkschaftsentwicklung aufgefallen.

1. Ihre Entwicklung ist deutlich geprägt von den Chancen, die ihnen die Staatsführung zu ihrer eigenen Organisation, bei der Regelung betrieblicher Konflikte und schließlich bei der Beteiligung an der nationalen Entwicklung einräumt.

Ihre eigene Gestaltungskraft in diesen Bereichen ist noch gering. Dazu tragen wesentlich die historisch sehr kurzen Erfahrungen mit demokratischen Organisationen in diesem Land, wie auch ihre mit diesen Faktoren verknüpfte, unzureichende eigene Finanzkraft bei.

2. Ihre bisherige rechtliche sowie politisch faktische Beschränkung auf relativ privilegierte Arbeitnehmergruppen läßt sie auf nationaler Ebene noch weit davon entfernt sein, zu machtpolitisch ernstgenommenen Vertretern der Gesamtheit der Arbeitnehmer zu werden.

Ich möchte diese Beobachtungen abschließend näher erläutern:

Zu 1.:

Bezüglich der Chancen, die die herrschenden Gruppen der Gewerkschaftsbewegung einräumen, haben die Gewerkschaften keine Illusionen. Sie wissen, daß sie diese selbst im politischen Tagesgeschehen aufzubauen haben - in ihren Erfahrungen seit 1945 immer mit dem Risiko radikaler Rückschläge.

Wenn man die weitgehende einseitige Integration der "weiter" entwickelten Gewerkschaftsbünde im ASEAN-Bereich - etwa den Fall Singapur (der gleichzeitig Vorbild z.B. der ganz wenigen für Gewerkschaftsfragen überhaupt aufgeschlossenen Thai-Parlamentarier ist) - betrachtet, muß man skeptisch sein, ob eine nachhaltige Stärkung der heutigen Gewerkschaften in Thailand über die Mitgliederzahlen von 1976 hinaus und überwiegend aus eigener Kraft, wie sie in den nächsten zwei bis drei Jahren möglich scheint, von den heutigen Machthabern ohne neue Repressionsmaßnahmen, die in Thailand vielfältige nach außen sehr weich erscheinende Formen annehmen können, hingenommen würde.

Eine Integration der Gewerkschaften wie in Singapur (die die Interessen der Mitglieder den Interessen der Staatsführer unterordnen) oder Korrumpierung der Gewerkschaften wie in den Philippinen (wo die Interessen der Mitglieder häufig den Interessen von Gewerkschaftsführern untergeordnet werden), ist dabei für die thailändischen Gewerkschaften kurzfristig kaum zu erwarten, wenn auch in Zukunft eine Kooperation der beiden bisherigen Gruppierungen im LCT erhalten werden kann. Denn die Gewerkschaften in Thailand haben sich in den vergangenen Jahren mehrheitlich als nach demokratischen Prinzipien geführte Organisationen erwiesen, auf deren Alltagspolitik Mitglieder einen klaren Einfluß haben.

Es wird heute zudem allgemein anerkannt, daß diese Gewerkschaften in den letzten Jahren gelernt haben, ihre gesetzlichen Rechte voller auszuschöpfen - über 80% beispielsweise der dem Labour-Court vorgetragenen Fälle kamen von Arbeiterseite. Das staatliche Angebot solcher und ähnlicher Konfliktlösungsmechanismen wird also von den Gewerkschaften auch in dem integrierenden Sinne solcher Institutionen durchaus angenommen. Daneben aber bestehen weitergehende Forderungen, die sich in der von Gewerkschaftsführern häufig geäußerten Forderung nach einer tatsächlichen Demokratisierung der Gesellschaft zusammenfassen lassen.

Zu 2.:

Die Gewerkschaften sehen die Gefahren, die in ihrer Beschränkung auf Großbetriebe liegen. In weniger als 1.000 der über 40.000 Betriebe Thailands gibt es gewerkschaftliche Erfahrungen.

Diese Grenze unter den bisherigen Machtverhältnissen zu überwinden wird aber sehr schwer fallen.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung von relativ privilegierten Großbetrieben aus ist typisch für viele Länder. Das besondere an der thailändischen Entwicklung ist, daß die Gewerkschaften der relativ starken öffentlichen Versorgungs- und Produktionsbetriebe bislang mit Gewerkschaften der Privatwirtschaft auch im gemeinsamen Dachverband zusammen arbeiten und sich dabei z.B. mit Themen wie der Minimallohnfrage befassen, die die meisten Gewerkschaftsmitglieder wegen ihrer Absicherung durch bessere Tarifverträge nicht unmittelbar betrifft.

Bemerkenswert sind auch die Zeichen von Solidarität, die Arbeitnehmer in Tarifauseinandersetzungen von ihren Kol-

legen in anderen Betrieben durch Beteiligung an Protestaktionen aber auch Geldsammlungen erfahren.

Zum Thema Solidarität gehört auch: verschiedene thailändische Gewerkschaften protestierten im Dezember 1981 vor der polnischen Botschaft gegen die Machtübernahme der Militärs.

Diese Solidarität ist m.E. ein deutlicher Indikator dafür, daß die Gewerkschaften auch in Thailand nicht als aufgepflanzte westliche Konzepte, sondern als eine sinnvolle und notwendige Kommunikationsform der Industriegesellschaft verstanden werden.

Die Gewerkschaften sind bereit, das belegen solche Äußerungen von Solidarität ebenso wie ihre grundsätzlichen Stellungnahmen, ihre Rolle als Träger des sozialen Wandels aufzunehmen. Als ein Indiz, daß auch Führungskreise diese Rolle erkennen, mag die geschilderte Fernsehdiskussion vom April 1981 gelten.

Das Hauptproblem der politischen Entwicklung Thailands und damit das Haupthindernis auch einer Gewerkschaftsentwicklung ist nach Meinung vieler Beobachter die seit 1932 andauernde Unfähigkeit der Führungskliquen, ein stabiles politisches System zu organisieren.

Einigkeit besteht in diesen Gruppen nach einer kürzlich erschienenen und auch in Thailand erhältlichen Monographie* nur bezüglich der "Abwehr zusätzlicher Ansprüche auf Partizipation und im Antikommunismus mit seinen Symbolen, Buddhismus, Flagge und König".

Thailand mag zwar aufgrund seiner Kultur und seiner historischen Erfahrungen erst allmählich für eine volle Demokratisierung bereit werden, aber - auch da ist den Autoren dieser letztgenannten Untersuchung zuzustimmen - bereit für eine nachhaltige politische Partizipation der Bevölkerung ist es lange.

Die Gewerkschaften sind ein Beispiel dafür.

* David Morell and Chai-anan Samudavanija: Political conflicts in Thailand; reform, reaction, revolution. Cambridge, Mass.: Oelgeschlager, Gun & Hain Publ. Inc., 1981.

Ausgewählte Literatur

- Leminsky, Gerhard, Bernd Otto und Gerhard Breidenstein: Gewerkschaften und Entwicklungspolitik, Köln, Bund Verlag, 1975
- Mitschein, Thomas: Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis; Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften. Frankfurt, Campus Verlag, 1981
- Morell, Davis and Chai-anan Samudavanija. Political conflicts in Thailand; reform, reaction, revolution, Cambridge, Mass., Oelschläger, Gun & Hain, Publishers, Inc., 1981
- (Thai) Labour Laws, Bangkok, 1980.
- Thailand Coping with structural change in a dynamic economy. World Bank, East Asia and the Pacific Regional Office, 1980.
- Thanet Arpornsuwan, Pichit Chongsathitwatana and Suphachai Manusphaibool. The trade union movement in Thailand. (Formal associations and national development series No.4) Bangkok, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1978
- Year Book of labour statistics, Department of Labour, Ministry of Interior Thailand, August 1980
- Interview with Director - General Vijit Sangtong, Department of Labour. The Nation Review. March 8, 1982
- Interview with Ekkachai Ekharnekamol. President of Metropolitan Water Work Authority Labour Union. The Nation Review. November 30, 1981
- Report on labour court and interview with Chief Justice Chamrus Khemacharu. Bangkok Post. February 11, 1982.